



Warschau, den 01.02.2021

DOOŚ.TSOOŚ.442.2.4.2019.ZM.11

**Bundesamt für Seeschifffahrt
und Hydrographie (BSH)
Bernhard-Nocht-Str. 78
20359 Hamburg**

Ref: 0800O1-5442-001

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Beantwortung Ihres Schreibens vom 4. Dezember 2020, Ihr Zeichen: 0800O1-5442/001, mit dem Sie den *Entwurf des Raumordnungsplans für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone in der Nord- und Ostsee*, nachstehend *Plan* genannt, zusammen mit der Prognose der Umweltauswirkungen (*Umweltbericht*) übermittelt haben, möchte ich Ihnen Folgendes mitteilen.

Die erhaltene Dokumentation wurde unverzüglich den polnischen Behörden zur Stellungnahme vorgelegt: dem Regionaldirektor für Umweltschutz in Stettin [Regionalny Dyrektor Ochrony Środowiska w Szczecinie] und dem Direktor der Seeschifffahrtsbehörde in Stettin [Dyrektor Urzędu Morskiego w Szczecinie]. Die von den oben genannten Behörden übermittelten Stellungnahmen sind im vorliegenden Schreiben enthalten.

Stellungnahme der polnischen Seite

Im Rahmen der vorgelegten Prognose der Umweltauswirkungen wurde eine umfassende und detaillierte Analyse der Auswirkungen der Umsetzung der Annahme des *Plans* auf die einzelnen Umweltbestandteile mit besonderer Berücksichtigung solcher Tiergruppen wie marine Säuger, See- und Rastvögel durchgeführt. Die in diesem Dokument dargestellten Daten stellen eine umfangreiche Wissensdatenbank dar, die wertvolle Rückschlüsse auf den Umweltzustand der vom *Plan* erfassten Gebiete liefert sowie die Beurteilung der Auswirkungen der geplanten Maßnahmen (z. B. im Zusammenhang mit dem Bau von Windparks, Plattformen und Seekabelsystemen) in Bezug auf die einzelnen Umweltbestandteile ermöglicht. Es wurden Abhilfemaßnahmen zur Verringerung und Vermeidung erheblicher negativer Auswirkungen auf die Umwelt vorgeschlagen, die dann im Einzelzulassungsverfahren der geplanten Maßnahmen festgelegt werden.

Mit dem Schreiben vom 7. April 2020, unser Zeichen DOOŚ-TSOOŚ.442.2.4.2019.ZM.1, hat die Republik Polen auf der Grundlage der Analyse der in der Scoping-Phase eingegangenen Dokumentation und der Stellungnahmen der polnischen Behörden ihre Beteiligung an der strategischen Umweltprüfung des Entwurfs *des Plans* gemäß Artikel 11 Absatz 4 der *Vereinbarung zwischen der Regierung der Republik Polen und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland über Umweltverträglichkeitsprüfungen und strategische Umweltprüfungen im grenzüberschreitenden Rahmen*¹ erklärt. Im Schreiben vom 15. Mai 2020, Zeichen: unser DOOŚ-TSOOŚ.442.2.4.2019.ZM.7, übermittelte die polnische Seite ihre Anmerkungen zum Umfang der Prognose der Umweltauswirkungen.

Im oben genannten Schreiben haben wir auf die Notwendigkeit hingewiesen, in der Prognose der Umweltauswirkungen die Bestimmungen über die vorübergehenden Auswirkungen zu berücksichtigen, die sich aus der Durchführung der einzelnen Maßnahmen ergeben, einschließlich der Notwendigkeit der Entfernung von nicht explodierten Bomben und Munition vom Meeresboden, der Auswirkungen auf die polnischen Natura-2000-Gebiete und der kumulativen Auswirkungen unter Berücksichtigung anderer bestehender und geplanter Projekte, die außerhalb des Gebiets *des Plans* durchgeführt werden, der Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist. Die obigen Anmerkungen wurden in der vorgelegten Prognose der Umweltauswirkungen nicht berücksichtigt.

Daher bleiben wir bei den im Schreiben vom 15. Mai 2020 vorgetragenen Anmerkungen und den beigefügten Stellungnahmen der polnischen Behörden, die einen integralen Bestandteil des Standpunkts der polnischen Seite bilden:

1. Detonation von nicht explodierten Bomben und Munition

In der Prognose der Umweltauswirkungen wurden die vorübergehenden Auswirkungen berücksichtigt, die sich aus der Realisierung der einzelnen Maßnahmen ergeben. Nach Ansicht der polnischen Seite sollten bei der Bewertung auch die Auswirkungen berücksichtigt werden, die sich aus dem erhöhten Lärm ergeben, vor allem für Fische und marine Säuger, der durch die Notwendigkeit der Entfernung vom Meeresboden von nicht explodierten Bomben und der Munition durch Detonation entsteht.

Aufgrund der Bewegung des Meeresbodens kann nicht mit vollständiger Sicherheit davon ausgegangen werden, dass in den für Windkraft oder Kabel und Rohrleitungen reservierten Bereichen keine versenkte Munition gefunden wird, die dann entfernt werden muss. Die Stoßwelle und der Lärm, die mit solchen Aktivitäten verbunden sind, können bei Tieren dauerhafte Verletzungen verursachen, die oft zu deren Tod führen oder einen vorübergehenden Hörverlust verursachen, der zu Verhaltensstörungen führt.

Ein weiteres wichtiges Thema ist das Vorhandensein von chemischen Waffen auf dem Meeresboden, deren Detonation eine chemische Bedrohung von erheblichem Ausmaß verursachen könnte. Die aus der Prognose resultierenden Annahmen, die darauf hinweisen, dass die Festlegung von Vorranggebieten für den Schweinswal erlauben wird, die negativen

¹ Unterzeichnet in Neuhardenberg am 10. Oktober 2018, nachstehend *polnisch-deutsche Vereinbarung* genannt

Auswirkungen der Durchführung der Investition zu minimieren oder sogar zu eliminieren, scheinen aufgrund der Tatsache, dass sich Schweinswale durch hohe Mobilität und saisonale Wanderungen auszeichnen, falsch zu sein.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass die Gebiete E01 und E02 in erster Linie von Schweinswalen der Population der zentralen Ostsee genutzt werden, ist zu erwarten, dass jegliche Aktivitäten in diesen Gebieten, die einen erhöhten Lärm verursachen können, negative Auswirkungen auf die Individuen haben werden, die sowohl in den deutschen als auch in den polnischen Natura-2000-Gebieten geschützt sind, z. B. „Ostoja na Zatoce Pomorskiej“ PLH990002 direkt angrenzend an die „Pommersche Bucht mit Oderbank“ DE1652301.

Gemäß Artikel 5 der Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 *über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (SUP-Richtlinie)*² sind die möglichen erheblichen Umweltauswirkungen der Durchführung des Plans in der Phase der strategischen Umweltprüfung zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. In diesem Zusammenhang sollte in der Prognose deutlich auf die Gefahren für die Meeresumwelt hingewiesen werden, die sich aus der Notwendigkeit ergeben, chemische Waffen und nicht explodierte Bomben vom Meeresboden zu entfernen. Die genaue Bewertung und Auswahl der für das jeweilige Vorhaben geeigneten Maßnahmen während der Phase der detaillierten Bewertung der Auswirkungen auf die Umwelt entbindet die Verfasser der Prognose nicht davon, diese Gefahren während der Phase der strategischen Umweltprüfung zu berücksichtigen.

2. Natura-2000-Gebiete

Das vom *Plan* erfasste Gebiet befindet sich in der Nähe der Grenze von polnischen maritimen Natura-2000-Gebieten. Im Schreiben vom 15. Mai 2020 wiesen wir auf die Notwendigkeit der Durchführung einer Analyse (auch in grafischer Form) von Auswirkungen der Annahmen *des Plans* auf das gesamte marine Ökosystem hin, einschließlich der Schutzgüter in den o.g. Natura-2000-Gebieten (PLB990003 „Zatoka Pomorska“, PLH990002 „Ostoja na Zatoce Pomorskiej“, PLB990002 „Przybrzeżne wody Bałtyku“, PLC990001 „Ławica Słupska“), sowie weiterer geschützter Bestandteile der natürlichen Umwelt, unter anderem auf der Grundlage der Angaben in den Standarddatenbögen und den Entwürfen der Schutzpläne, auch im Zusammenhang mit der Kohäsion und Integrität der Natura-2000-Gebiete.

Darüber hinaus wurden im o.g. Schreiben die Schutzgüter in Natura-2000-Gebieten angegeben, die aus der Sicht der Umsetzung der Annahmen der Fortschreibung *des Plans* wichtig und am stärksten bedroht sind, es wurden die bestehenden und potenziellen Gefahren für die Schutzgüter aufgelistet, die sich aus der Umsetzung der Annahmen dieses *Plans* ergeben können, und es wurden auch Ressourcen angegeben, mit denen diese Daten

² Richtlinie 2001/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2001 *über die Prüfung der Auswirkungen bestimmter Pläne und Programme auf die Umwelt*.

gewonnen werden können. Die genannten Informationen sollten die deutsche Seite bei der Analyse der angesprochenen Fragen unterstützen.

Die vorgelegte Dokumentation geht jedoch nicht auf die Fragen ein, die in der Phase der Festlegung des Umfangs und des Detaillierungsgrades der Prognose der Umweltauswirkungen für den gegenständlichen *Plan* aufgeworfen wurden. Was die Bewertung der Auswirkungen der Umsetzung *des Plans* auf Natura-2000-Gebiete außerhalb der deutschen AWZ betrifft, so gibt werden nur allgemeine Informationen für die polnischen Natura-2000-Gebiete „Zatoka Pomorska“ (PLB 990003) und „Ostoja na Zatoce Pomorskiej“ (PLH990002) angeführt. Die Prognose der Umweltauswirkungen enthält allgemeine Aussagen über eine mögliche Verletzung der Schutzziele von Natura-2000-Gebieten. Nach Ansicht der Verfasser der Prognose kann dies ausgeschlossen werden, wenn Anordnungen befolgt werden, die in den Einzelgenehmigungsverfahren auf niedrigeren Ebenen erteilt werden.

Unter Berücksichtigung der umfangreichen Datenbank, die dem BSH in Bezug auf die Elemente der natürlichen Umwelt zur Verfügung steht, stellt die polnische Seite die Richtigkeit der im Dokument enthaltenen Annahmen nicht in Frage, jedoch sollten sie durch entsprechende Analysen (einschließlich grafischer Anhänge) untermauert werden, ohne sich dabei auf allgemeine Aussagen zu beziehen.

Diese allgemeine Herangehensweise hatte zur Folge, dass die vorgelegte Dokumentation keine konkrete und sachlich begründete Bewertung der kurz- und langfristigen Auswirkungen der Annahmen *des Plans* auf das gesamte marine Ökosystem, einschließlich der Schutzgüter in den polnischen Natura-2000-Gebieten im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf ihre Kohäsion und Integrität, keiner prognostizierten kumulativen Umweltauswirkungen der Annahmen des gegenständlichen *Plans* und der Annahmen des Raumordnungsplans der polnischen Seegebiete, beinhaltet.

Zusätzlich ist zu betonen, dass die deutsche Seite als eine betroffene Partei, die aktiv am Verfahren zur strategischen Umweltprüfung des polnischen *Raumordnungsplans der Gebiete in inneren Küstengewässern, im Küstenmeer und der ausschließlichen Wirtschaftszone im Maßstab 1:200.000* teilnimmt, im Besitz aller Informationen ist, einschließlich der Annahmen, die sich aus diesem Plan ergeben.

3. Kumulative Auswirkungen

In Anbetracht der zunehmenden Entwicklung der maritimen Infrastruktur im Geltungsgebiet *des Plans* ist der Möglichkeit kumulativer Auswirkungen der bestehenden und geplanten Investitionen in diesem Teil der Ostsee besondere Aufmerksamkeit zu widmen – auch unter Berücksichtigung der Bestimmungen des derzeit in Bearbeitung befindlichen polnischen *Raumordnungsplans der Gebiete in inneren Küstengewässern, im Küstenmeer und er ausschließlichen Wirtschaftszone im Maßstab 1:200.000*.

Im Schreiben vom 15. Mai 2020 haben wir auf die Notwendigkeit hingewiesen, die prognostizierten kumulativen Auswirkungen der Annahmen des *Plans*, auf den hier Bezug genommen wird, sowie der Annahmen des Raumordnungsplans für die polnischen Meeresgebiete auf die Umwelt unter besonderer Berücksichtigung der Elemente der natürlichen Umwelt gemeinsam mit anderen bestehenden und geplanten Investitionen ähnlicher Art zu analysieren.

Der *Plan*, auf den hier Bezug genommen wird, sollte die räumlichen Auswirkungen der geplanten Maßnahmen im Geltungsbereich des entworfenen Dokuments berücksichtigen sowie die Folgen sekundärer und kumulativer Auswirkungen unter Berücksichtigung anderer bestehender und geplanter Vorhaben, die sich außerhalb des Geltungsbereichs des *Plans* befinden, der Gegenstand des vorliegenden Verfahrens ist, darstellen, was im Zusammenhang mit den Auswirkungen auf das Gebiet der Ostsee besonders wichtig ist.

Im obigen Zusammenhang bittet die polnische Seite darum, dass die deutsche Seite vor der Verabschiedung des Raumordnungsplans für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone in der Nord- und Ostsee auf die in dieser Stellungnahme angesprochenen Fragen schriftlich eingeht.

Darüber hinaus teilen wir mit, dass bei der GDOŚ [Generaldirektion für Umweltschutz] im Rahmen des Verfahren zur Begutachtung des Entwurfs *des Plans* einschließlich der Prognose der Umweltauswirkungen die Stellungnahme der Seeverwaltungsbehörde eingegangen ist, d. h. das Schreiben der Abteilung Meereswirtschaft im Ministerium für Infrastruktur vom 14. Januar 2021, Zeichen: GM-DGM-7.5600.1.2021, welches Anmerkungen zur Planung enthält, die wir dem vorliegenden Schreiben beifügen.

Beteiligung der polnischen Öffentlichkeit

Ich möchte Sie darüber informieren, dass gemäß polnischem Recht und Artikel 13 der polnisch-deutschen Vereinbarung die Informationen aus dem Schreiben vom 4. Dezember 2020, Ihr Zeichen: 0800O1-5442-001, der polnischen Öffentlichkeit mit der Möglichkeit zum Einreichen von Stellungnahmen und Anträgen im Zeitraum vom 16. Dezember 2020 bis 14. Januar 2021 zur Verfügung gestellt wurden. Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung sind keine Anträge oder Stellungnahmen im vorliegenden Fall eingegangen.

Hochachtungsvoll


Stellvertreterin des Direktors
Abteilung für Prüfungen der Umweltauswirkungen
[Departament Ocen Oddziaływania na Środowisko]
/Digitalunterschrift/

Anlage:

Schreiben der Abteilung Meereswirtschaft im Ministerium für Infrastruktur vom 14. Januar 2021, Zeichen: GM-DGM-7.5600.1.2021